



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

411 (7.9.1931) Morgenblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-360001](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-360001)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Berlin, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-4. - Fernsprecher: Sammel-Nummer 249 51
Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 175 90. - Telegramm-Adresse: R e m a g e i t - M a n n h e i m

Anzeigenpreise:
Erste Zeile
für im
belebten
Anzeigen
telephonisch

HEUTE: DER GROSSE SPORT

142. Jahrgang - Nr. 411

Morgen-Ausgabe

Montag, 7. September 1931

Französische Verhandlungswünsche für Berlin

Poncets fünf Punkte, die bei dem bevorstehenden Besuch der Franzosen in Berlin verhandelt werden sollen

Wirtschaftliches und politisches Programm

Bülow fährt nach Genf

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 6. Sept.

Staatssekretär von Bülow wird sich voraussichtlich morgen nach Genf begeben. Wie man aus dem obigen Bericht ersieht, hat Herr von Bülow am 5. d. M. in Berlin, zusammen mit dem Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, die Vorbereitungen für den bevorstehenden Besuch der Franzosen in Berlin vorzubereiten. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Festlegung des Aufnahmeprogramms für die Zusammenkunft am 26. und 27. September, ferner in der Hauptsache auch um die

Abfertigung des politischen Programms

Abfertigung des politischen Programms, das man sich unterhalten will. Herr Francois Poncelet hat ja auch schon fünf Punkte angegeben, die er zum Gegenstand der Aussprache machen möchte. Die Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages, die mittel- und langfristigen Fragen, den sogenannten politischen Willensrückgang, die Wahrung der Interessen der französischen Länder.

Die Zusammenkunft dieser Themen ist zunächst nur ein Versuchsbalken. Nach dem wird man nun mit Briand vereinbaren, der ebenfalls Montag in Genf eintrifft. In Berlin nimmt man an, daß wirtschaftliche Fragen im Vordergrund der Beratungen stehen werden und man macht sich hier offenbar Hoffnungen auf ein Eingehen der Franzosen.

Das Herr von Bülow zugleich auch den Reichsminister über die Stimmung in Berlin an den Widerhall unterrichten wird, den die Haltung in Genf und das Gange Mittel in der Öffentlichkeit und bei den Parteien erweist hat, ist nicht zu erwarten. Weitergehende Schlussfolgerungen an die Willen des Herrn von Bülow zu ziehen, ist aber, so wird auch versichert, abwegig.

Pariser

Stimmen zum Haager Spruch

Paris, 6. September.

In der Pariser Morgenpresse wird die Frage erörtert, inwiefern sich der Völkerbundrat am Montag noch mit dem deutsch-französischen Problem beschäftigen werde. Der Außenminister des Reichs berichtet aus Genf, Briand werde noch vor der Abreise im Einklang mit den Vertretern der anderen Mächte, die am Völkerbundrat teilnehmen, zu entscheiden haben, ob es angebracht sei, nun noch den Völkerbundrat mit dem Fall zu beauftragen. Viele glauben, es wäre politisch klüger, sich mit den englischen Berichtserklärungen zu begnügen.

Das Journal 'Le Temps' ist anderer Ansicht. Der Fall des Haager Urteils und die viel zu unvollständigen Erklärungen Schöbers und Curtius' werden die politische Debatte vor dem Völkerbundrat notwendig machen.

Der Außenminister des 'Zeit Parisien' berichtet seinen Blatt aus Genf, daß man dort, daß Briand-Japan und Kollin-Francoeur-Belgien, die für eine Unabhängigkeitserklärung gewesen seien, daß man der deutschen Forderung angegeschlossen hätte, wobei laute, die Spannungssituation wieder in Frage zu stellen.

Die 'Revue Nouvelle' sagt, daß im Haag unparteiisch beurteilt worden sei. Jetzt müsse der Völkerbundrat auf politischem Gebiet die Schlussfolgerungen aus dem Haager Urteil ziehen.

Besprechungen Dr. Curtius'

Genf, 6. Sept. Reichsminister Dr. Curtius hat sich gestern nachmittags mit dem Generaldirektor des Völkerbundes sowie den Führern der französischen und englischen Delegationen besprochen. Die sich auf die für Montag anberaumte Zusammenkunft des Völkerbundrates zum Haager Urteilen bezogen.

Poincaré lebensgefährlich erkrankt

Drahtbericht unseres eigenen Vertreters
Genf, 6. Sept.

Nach der französischen Delegation lag heute abend die Nachricht vor, daß der Gesundheitszustand des französischen Landtags in Chambery seitens Poincaré sich sehr verschlechtert hat. Nach einem Bericht der Gattin Poincarés ist mit dem

Briands Reise nach Genf

Abfahrt von Paris

Telegraphische Meldung

Paris, 6. Sept.

Außenminister Briand, der heute aus Godechel nach Paris zurückgekehrt ist, verließ vormittags 11 Uhr Paris, um sich nach Genf zu begeben. Er traf gegen abend dort ein.

Briands Ziele und Aufgaben

Drahtbericht unseres eigenen Vertreters
Genf, 6. Sept.

Briands Ankunft in Genf läßt die Hoffnungen auf einen neuen Antritt wachsen. Der Europa-Ausschuss, dessen Anliegen durch die fruchtlosen Auseinandersetzungen über wirtschaftliche und finanzielle Fragen schwer gelitten hat, soll Mitte der Woche noch einmal zusammenzutreten und Briand, dem Präsidenten des seit einem Jahre bestehenden Ausschusses der europäischen Außenminister, Gelegenheit geben, den Gedanken praktischer Zusammenarbeit neu zu beleben. Dieses Ziel hat sich der französische Außenminister gestellt. Er wird

zusammen mit den deutschen Vorkonferenzen zur Berliner Aussprache

Verhandlungen führen. Die auf eine neue Besetzung des europäischen Völkerbundrates abzielen.

In der Romooskennung des Völkerbundrates, der sich mit der Verhandlung des Zollunionprojektes auf Grund des Haager Schiedspruches befaßt wird, ist eine

Intervention Briands erwartet

Sie soll dazu dienen, die psychologische Stimmung einigermaßen zu verbessern und den Triumph Frankreichs durch einige warm klingende Worte über Verbrüderung und wirtschaftliches Vertrauen in ein anderes Licht zu rücken.

Briands Genfer Hauptaufgabe wird jedoch in der

Vorbereitung der internationalen Abrüstungskonferenz

beruhen, deren Zeitpunkt neuerdings nicht mehr ganz bestimmt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der französische Außenminister im vertrauten Einvernehmen mit französischen Vorkonferenzen einer Verzichtung auf die Abrüstungskonferenz den Weg zu bahnen sucht.

Bei der gegenwärtigen Einstellung des Pariser Kabinetts lassen sich die Aussichten auf eine Annäherung an den deutschen Standpunkt - Verpöhlung des Konventionenentwurfes - als schlecht bezeichnen. Das französische Abrüstungsmemorandum lehnt nicht nur die Restriegelung ab, sondern fordert auch für Frankreich und die anderen Siegerstaaten das Recht, den Rüstungsstand auf Grund der 'Sicherheit' und der geographischen Lage eigenmächtig zu bestimmen.

Nach Robert Cecil, der Frankreich auf dem Gebiete der Abrüstung wesentliche Zugeständnisse gemacht hat, dürfte auch diesmal keine besonderen Widerstände gegenüber den Grundforderungen des französischen Memorandums aufbringen.

Die Flottenmeuterei in Chile

Kommunisten mit im Spiel

London, 6. Sept.

Meuterei meldet aus Santiago de Chile: Die meutere der Besatzung der Flotte hat sich erweitert, die Forderungen, die ihr die Regierung unterbreitet hatte, anzunehmen. Die Regierung hat einen Anspruch der Kommunisten an die meuterenden Matrosen abzugeben, in dem die Meuterei aufgehört werden, kein Kommando zu unterzeichnen, bevor die kommunistischen Organisationen die Macht im Staate übernehmen hätten. Infolgedessen hat die Regierung die Verhaftung aller kommunistischen Führer angeordnet.

Bombenflugzeuge gegen die Meuterei

New York, 6. Sept.

Die 'Associated Press' meldet aus Santiago de Chile, daß von verschiedenen Marineeinheiten zwischen Talcahuano und Coquimbo Bombenflugzeuge abgestiegen sind, um die dort meuterende

Flotte zu bombardieren, nachdem diese ein gestern abend an die gerichtete Ultimatum, sich zu ergeben, ignoriert hatte.

Küherdem befehlet Vandalstücken die Küstenverteidigungsanlagen sowie ausländische Kriegsschiffe. Soweit bekannt, ist bis jetzt noch kein ausländisches Eigentum beschädigt.

Erfolge der Regierung?

Telegraphische Meldung

Paris, 6. Sept.

Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires verlautet neuerlich aus Chile, daß sich die meuterenden Matrosen in Coquimbo ergeben hätten. Eine Verhaftung dieser Meuterei von anderer Seite liegt zur Stunde nicht vor.

Die Havas und Santiago de Chile berichtet, hat ein Torpedobootsregierführer der Kriegsmarine wieder die Regierungslage erklärt. Der Kriegsminister hat im Parlament den Antrag vertreten, die Befehle zu bekräftigen, wenn das meuterende Geschwader sich bedingungslos ergibt.

Kritik an Genf und Haag

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 6. Sept.

Im Berliner Auswärtigen Amt unterstreicht man, ähnlich aus Genf inspiriert, mit Recht, daß das Haager Gutachten sich gegen die Fortsetzung der deutsch-französischen Zollunion erklärt habe. Das tut man, um die Genfer Politik zu rechtfertigen. In diesem Punkte läßt man sich ungefähr dahin an:

Man habe schon vorher, wenigstens seit Anfang der Woche, gewußt, woher der Wind bläst und habe daher gewußt, daß das Haager Gutachten den Standpunkt der beiden deutschen Staaten verwerfen werde. Es galt daher, den Kern unserer mit der Zollunion verfolgten Absichten herauszufallen und damit ein gut Teil von ihnen, wenn nicht gar ihr alles, zu retten. Dieser Kern des Zollunionplans sei schließlich die Absicht gewesen, eine Basis zu schaffen, die beliebig weit und beliebig schnell vertieft, zu einer allgemeinen europäischen Wirtschaftsvereinbarung führen sollte. Die Rettung dieses Kerns, wenn auch nicht zu vollenden, so doch anzubahnen, sei die Sitzung des Europa-Ausschusses gewesen.

Soweit die Berliner offizielle Darstellung. Eine Gegenfrage scheint uns diese Argumentation zu entkräften: warum hat Frankreich mit geradezu überhöhtem Eifer, in der Wind vom Haag doch keine Regel schwebte, das Reich und vor allem Deutscher noch vor der Entscheidung der Vorkonferenz auf die Seite zu zwingen sich bemüht? Und völlig vergeblich bleibt bei dieser Angelegenheit, daß doch wohl Folgendes in Genf sich abspielte oder zum mindesten sein französisches Ende erreichte:

und rein wirtschaftlichen Gründen verließen Frankreich

und der Kreis der an seine Militärherrschaft und seine Goldbeschränkung geketteten Vorkonferenzen einen Plan, den sie wirtschaftlich und rechtlich nach allem, was in den Wirtschaftskomitees des Völkerbundes festgestellt und empfohlen wurde, hätte aufheben, ja für den und von den Vorkonferenzen müssen. Im Grunde war der Auftrag an den Haag nur ein letztes Mittel auf diesem Wege. 'Unvorhergesehenen' Zwischenfällen hätte die französische Politik jedem Flug vorgebaut, indem nämlich Briand im Mai jedermann wissen ließ, gäbe der Völkerbundrat die Deutschen Recht, würde er im Völkerbundrat die politische Debatte entfesseln. Das wird anderer Erwähnung schuldigen sein über alle Verneinungsüberzeuge hinaus, die draußen und hier auch drinnen in den nächsten Tagen und Wochen einbringen dürften. Vielmut auch schon eintrifft haben.

Den weiteren Verlauf

des Genfer Tragödienstücks denkt man sich hier so: der Rat werde am Montag das Urteil und seine Begründung zur Kenntnis nehmen. Vielleicht werde dann sein Präsident einige Worte sprechen. Damit aber werde auf jeden Fall die Sache erledigt sein. Man werde nicht das Reich und auch nicht Deutscher, gewissermaßen als Verantwortliche, vor den Rat zu stellen, werde vielmehr auf weitere Erklärungen verzichten. Vor allem auch darum, so sagt man uns, da ja Dr. Curtius im Rat eine politische Debatte aufzuerstehen sich verbieten habe. Die Absichten, die nach den aus Genf kommenden Meldungen der französische Außenminister haben soll, stehen freilich im Widerspruch zu dieser immerhin optimistischen Auffassung.

Bliebe noch einiges zu dem Versuch des Weltgerichtshofes selbst zu sagen. Er stellt ein Rosum in der kurzen Geschichte internationaler Rechtspraxis dar. Die Härte und vor allem in ihrer personellen Zusammensetzung sehr bedeutende Minderheit hat unversehrt und ohne einschränkende Klause

Kritik an der Entscheidung der Mehrheit

geht und ihr vorgeworfen, daß wesentliche Argumente für ihre Auffassung nicht begründet zu haben. Gemeint ist damit die lapidare Feststellung der Mehrheit: es genüge, daß das englische Regime als solches, also die Zollunion, eine Gefährdung der Unabhängigkeit Österreichs mit sich bringe. Auf Einzelheiten läßt es nicht an. Was sie (die Juristen der Minderheit) jedoch in dem Gutachten des Gerichtshofes vermissen, so heißt es



Das Gebäude der Volksvertretung in Chile Hauptstadt Santiago. Unten links: Ex-Präsident Ibáñez, der im vorigen Jahr verjagt wurde und angeblich jetzt zurückkehren soll.

